



Mit Ausdauer, Kraft und Beharrlichkeit zum Ziel

Wiesbaden, 13. März 2015

Bewegung bei den Kernthemen Beihilfekürzungen und Eingruppierung der Wachpolizei

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

seit vielen Wochen und Monaten befassen wir uns mit den Themen Beihilfe und Wachpolizei. Wir haben bei unseren Aktionen in der Öffentlichkeit und immer wieder in direktem Kontakt zu unserem Innenminister sehr deutlich unsere Forderungen und Positionen dargestellt.

Seit dieser Woche kommt nun Bewegung in die Sache und es gibt erste Reaktionen seitens der hessischen Landesregierung.

Höhergruppierungen bei der Wachpolizei:

Dieses Thema beschäftigt uns seit 2013, nachdem in der Folge einer BAG-Rechtsprechung die Tätigkeit „Streifengang“ neu definiert wurde.

Wir haben alle GdP-Mitglieder dazu aufgerufen, in Bezug auf das BAG-Urteil Anträge auf Höhergruppierung zu stellen. Es haben alle davon Gebrauch gemacht.

Nun hat sich auch das LPP positioniert, indem es keine Analogie des BAG-Urteils auf Hessen sieht.

Derzeit stehen an drei Arbeitsgerichten in Hessen Urteile in dieser Sache an, die in der Rechtsbegleitung abzuwarten sind. In den Behörden haben teilweise Infoveranstaltungen stattgefunden, die über den aktuellen Sachstand informieren.

Auch der Innenminister hat sich nun erstmals in einer Pressemitteilung geäußert. Die Hessische Landesregierung hat entschieden, zukunftsorientiert Maßnahmen für eine verbesserte Bezahlung der Wachpolizei zu treffen.

„Das Anliegen der Wachpolizistinnen und Wachpolizisten, ihre Eingruppierung zu überprüfen, haben wir aufgegriffen. Eine entsprechende Haushaltsvorsorge wurde getroffen“, erklärte der Minister.

Wir verfolgen dieses Thema weiter unter Beibehaltung unserer bekannten Forderungen.



Vorgesehene Beihilfekürzungen im Beamtenbereich durch die Landesregierung:

Bereits 2011 war es alleine der Beharrlichkeit der GdP zu verdanken, die einschneidenden Leistungskürzungen zu verhindern. Die jetzigen Vorhaben der Landesregierung haben wir vom ersten Tage an mit allen Mitteln bekämpft und die angedachten Einschnitte konsequent abgelehnt. Mit mehreren persönlichen Schreiben an den Innenminister und alle Abgeordneten des Hessischen Landtages haben wir auf die besondere Situation im Polizeidienst hingewiesen.

Erst letzte Woche haben wir dem Innenminister weitere valide Erhebungen von unseren Mitgliedern zur Verfügung gestellt, welche die tatsächlichen Kostensteigerungen der Krankenkassen belegen.



Nun kommt Bewegung in die Sache. Kurz nach unserem letzten Schreiben hat der Innenminister der GdP persönlich mitgeteilt, dass sich die Regierungskoalition aufgrund der Höhe der finanziellen Belastungen für einen anderen Weg entschieden hat.

Die Einzelheiten dazu möchte der Innenminister der GdP in einem persönlichen Gespräch am kommenden Dienstag mitteilen.

Wir werden euch über die weiteren Entwicklungen auf dem Laufenden halten.